

Massendemonstrationen 2018

kämpferisch und streitbar, was nun?



35.000 Menschen demonstrierten in Berlin, Tausende in vielen Städten Deutschlands gegen verschärfte Polizeigesetze und Hetze gegen Geflüchtete, gegen Altersarmut, gegen offene Faschisten in den Parlamenten.

Wir haben 2018 einen Demonstrationsmarathon hinter uns gebracht. Und weitere Demonstrationen sind in Planung. Die GroKo in Berlin wackelt von Krise zu Krise, ihre Parteien sind bei den Wahlen in Hessen und Bayern abgestürzt. Für den 8. März 2019 wird der Frauenstreiktag nach dem Vorbild unserer spanischen Schwestern auf Hochtouren vorbereitet.

„So geht es nicht mehr weiter“, sagten viele Frauen bei der Berlin-Demo am 3.10.18 und interessierten sich für unseren Frauenverband, der den breitest möglichen Zusammenschluss von Frauen organisiert. Der aber auch selbst in Bündnissen mitarbeitet und jahrzehntelange Erfahrungen im überparteilichen Zusammenschluss von Religion bis Revolution einbringt.

Gerade deshalb stehen wir unter Beobachtung des sogenannten „Verfassungsschutzes“. Unser großer Sieg gegen den Verfassungsschutz im August 2018: Er wurde dazu verurteilt, ganze Passagen im Verfassungsschutzbericht 2013 zu schwärzen und in seinem Bericht 2014 richtig zu stellen. Er wurde dazu vergattet, seine alte Behauptung, Courage sei

„Vorfeldorganisation der MLPD“, endlich einzustellen. Und in dessen Folge mahnt unser Rechtsanwalt beim Finanzgericht Wuppertal an, sie sollen doch bitteschön ihre eigenen Urteile anerkennen und uns die Gemeinnützigkeit zurückgeben. Wir halten daran fest: das Urteil muss auf alle Verfassungsschutzberichte in Deutschland Anwendung finden – Courage muss raus aus allen Verfassungsschutzberichten und wieder gemeinnützig sein!

Aus den Reihen der Demonstrations-Organisatoren gibt es – gestützt auf Verfassungsschutz-Argumente – Gegenwind gegen unseren Frauenverband.

In Hannover wurde der Frauenverband Courage aus dem PG (Polizeigesetz)-Bündnis ausgeschlossen. Haben die Organisatoren aus der Geschichte gar nichts gelernt? Glauben Platzhirsche aus Partei-Jugendorganisationen, die an den Regierungen beteiligt sind, wie Jusos oder die Grüne Jugend, Abstimmungen undemokratisch oder überfallartig organisieren zu müssen?

Das Ziel solcher Aktionen ist doch einzig und allein, der richtig breiten Bewegung die Durchschlagskraft zu nehmen.

Courage hält daran fest, dass die Rechtsentwicklung durch breite Bündnisse auf überparteilicher Basis gestoppt werden kann. Unsere Widersprüche diskutieren wir offen, auf Augenhöhe und unter Wahrung demokratischer Grundsätze in der Streitkultur.

Das werden wir 2019 fortsetzen, in unserem Verband, in breiten Bündnissen und auch zum Frauenstreiktag am 8. März. Der gesamte März ist der Stärkung des Verbandes gewidmet, aber auch jetzt schon: Die Entscheidung, Courage-Frau zu werden, stärkt Dich/Sie und stärkt den Verband. In diesem Sinne wünschen wir uns allen ein kämpferisches 2019!

Und „Save-the-Date“: wir sehen uns spätestens beim Frauenpolitischen Ratschlag vom 1.–3. November 2019.

Bundesvorstand Courage

